

Haushaltsrede 2022

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Dr. Gericke, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren,

ja, wie es nach Finanz- und Kreisausschuss aussieht, dürfte sich auch zum **Kreishaushalt 2022 wieder eine große Zustimmungsmehrheit** abzeichnen. Ein Ergebnis der guten und sachgerechten Beratungen und sicher auch dem Umstand geschuldet, dass wir alle hier die coronabedingt **massive Zusatzbelastung unserer Kreisverwaltung** anerkennen.

Nämlich durch allgemeine Zurückhaltung bei Anträgen zu möglicherweise sehr kontroversen Themen und Orientierung am Machbaren und Zukunftsgerichteten. Trotz der einen und anderen differenzierten Auffassung zeichnet die gemeinsam getragene Verantwortung für die Belange der Menschen in unserem Raum diesen Kreistag bis dato aus.

Corona geht nach 2 Jahren immer stärker ans Nervenkostüm vieler Bürgerinnen und Bürger, von der Wirtschaft ganz zu schweigen.

Dass die Inzidenzzahlen in Teilen des Kreises mitunter sehr hoch sind, liegt mitnichten an der **hervorragenden Arbeit** unseres Landrats, der Dezernenten und unserer Gesundheitsamtsleiterin Frau Dr. Arizzi-Rusche, die frühzeitig eindringlich davor gewarnt haben, die Impfzentren zu schließen – bei uns wurde Gott sei Dank nur der Schlüssel umgedreht – und das Impfmobil schnell wieder auf Reisen geschickt haben.

Impfzentrum, Gesundheitsamt, und unsere Hausärzte machen einen tollen Job. Es scheint, dass Teile der Bevölkerung schlichtweg schwierig zu erreichen sind.

Die medialen Diskussionen haben vielerorts zu Verhärtungen geführt, gesellschaftliche Spaltungen drohen. Bei allem müssen wir den **gesellschaftlichen Zusammenhalt** im Auge behalten.

Lieber Herr Dr. Gericke, Sie haben dazu in der Kreisausschusssitzung letzten Freitag die richtigen Worte gefunden

Wichtig ist eine sachgerechte Ausgewogenheit im weiteren Handeln und zielgerichtete, unkomplizierte Angebote.

Die **Erfolge unseres Impfmobils bei den Erstimpfungen** zeigen, dass wir diesen Weg bei vorhandenen Kapazitäten weiterverfolgen sollten. An den Orten, zu den Zeiten, wo sie Erfolg versprechen. Vielleicht auch mit offen ausliegenden Aufklärungsflyern in anderen Landessprachen. Die Befürchtungen in gewissen Branchen, Arbeitskräfte zu verlieren, belegt dies.

Die Coronakrise zeigt deutlich, wie **sehr wir und unsere Gesellschaft auf gute Pflegekräfte angewiesen ist**. Ein Aspekt, der jenseits von Corona insbesondere durch den demografischen Wandel und die Alterung der Gesellschaft an Bedeutung zunehmen wird.

Wir wollen daher die **von uns initiierte Werbekampagne zur Pflegekraftgewinnung** fortsetzen und gerade auch die positiven, erfüllenden Aspekte dieses Berufs hervorheben. Neben jungen Menschen, denen diese Perspektiven nahegebracht werden sollen, bietet sich dieser Beruf als Einstieg auch für viele Neuankömmlinge in Deutschland an.

Dass wir Normalität schnellstmöglich erreichen müssen, zeigen auch die **allerorts explodierten Kosten, auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene**. Es wird nicht gehen, eine Bazooka nach der anderen zu zünden.

Und es ist nicht richtig, alles auf die zukünftigen Generationen zu schieben, so bequem das auch für die jetzt Regierenden ist.

Soll die kommende Erwerbs-Generation, die deutlich kleiner ist als wir hier, zu den massiv steigenden Klimainvestitionslasten, Rentenlasten, allgemeinen Sozialkosten und und und auch noch die Kosten dieser Pandemie schultern?

Daher ist es nach unserer Auffassung richtig, dass wir die Corona-Kosten hier bei uns nicht auf 50 Jahre verteilen wollen.

Daneben drückt sich **Generationengerechtigkeit** bei uns auch in der **Bildung angemessener Rücklagen für zukünftige Pensions- und Beihilfebelasten** aus.

In Zeiten zunehmender Inflation aufgrund der europäischen Bazookapolitik wird es zudem immer schwieriger, angesparte Werte zu erhalten. Unser Antrag zur Abfederung der künftigen Pensions- und Beihilfekosten dazu im Vorfeld der Haushaltsberatungen soll diesem Problem Rechnung tragen.

Die sich aufgrund der **Verschuldungspolitik der letzten Jahre** auf höheren politischen Ebenen, besonders der EU, **verändernde gesellschaftliche Einstellung zu Wert und Bedeutung des Geldes** nimmt eine bedenkliche Entwicklung. Dem Staat wird hier zunehmend eine scheinbar alles regelnde Kompetenz zugeschrieben, die dieser nach vielfältigen Erfahrungen der Vergangenheit nicht erfüllen kann.

Renten sollen stabil bleiben, Beiträge kaum erhöht werden, die Rentenzahler halbieren sich. Kein Problem, nehmen wir aus dem allgemeinen Steuertopf (jetzt schon 110 Mia €). Dasselbe bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Strompreise sind zu hoch? Okay, EEG-Umlage aus dem Steuertopf (20-30 Mia). Undsoweiterundsofort.

Auch bei uns **explodieren die Sozialkosten**, gerade im Jugendamtsbereich. Nicht ohne Grund ist die **Jugendamtsumlage** alleine von 17,3 PP in 2020 auf **21,1 PP** in 2022 gestiegen, das erwartete Defizit unseres Sozialverbandes LWL für 2022 wird bei knapp 200 Mio Euro erwartet. Nicht ohne Folgen für die kommende Kreisumlage 2023.

Der allgemeine Steuertopf, das sind die steuerzahlenden Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger. In einem Maße, dass bereits seit Jahren ein gut verdienender Facharbeiter den Spitzensteuersatz zahlt.

Wir alle freuen uns über mehr Leistungen. Aber stetig steigende Standards in Kombination mit einer stetig steigenden Umverteilung wird an Grenzen stoßen. Die auch mit der Leistungsbereitschaft der hauptzahlenden Betroffenen kollidiert.

Die gerade mit viel Mühe durch die Kreisverwaltung mit unseren Städten und Gemeinden austarierten neuen **Kitabeiträge** sind dafür ein gutes Beispiel. Sie sind differenzierter, entlasten im unteren Bereich weiter, belasten nach oben hin mehr und erreichen dort eine Grenze, über die hinaus eben viele der dort betroffenen nicht mehr bereit sind, sich am gemeinsamen Aufkommen zu beteiligen, sondern individuelle Lösungen suchen werden. Insofern ist unserer Verwaltung aus gesellschaftspolitischer Sicht ein guter Kompromiss gelungen.

Die **Frage der sozialen Gerechtigkeit** wird oft gestellt, jedoch kann dies keine einseitige Betrachtungsweise sein.

Eines ist klar. **Je besser die Wirtschaft läuft, umso mehr ist im sozialen Bereich leistbar.**

Die Welt ist im Wandel, die Wirtschaft, der Energiesektor auch.

Wie Professor Schwarz vom **FMO** letzten Freitag im Kreisausschuss durchaus pointiert in den Raum stellte, ob denn die ganzen umwelttechnikorientierten Unternehmen ohne unseren Flughafen nach Münster und in unseren Raum gekommen wären. Viele eben wohl nicht.

Das auch der Luftverkehr **mittelfristig CO2-neutral fliegen** soll, ist keine Frage des ob, sondern des wann. Der Flughafenbetrieb an sich wird es 2030 sein.

Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam die Zeit, aber mit gemeinsamer Stringenz, technologieoffen die besten umweltgerechten Lösungen für unsere Infrastruktur zu installieren, die uns auch die neuen **zukunftsorientierten Arbeitsplätze in der Region** verschafft.

Gerade der Regionalflugverkehr bietet die besten Chancen dafür, neue CO2-neutrale Technologien wie Wasserstoffantriebe marktfähig zu machen und damit, wie der Kollege Markus Diekhoff im Kreisausschuss zutreffend hervorhob, Einfluss zu nehmen auf die künftigen Standards auch im Weltflugverkehr. Denn DAS bringt uns und dem Klima doch am meisten.

Mit dem **MEET der WWU** haben wir nicht nur eines der führenden und massiv expandierenden Batterieforschungszentren in Münster, sondern die **Enapter AG, Hersteller von AEM-Elektrolyseuren**, baut derzeit in Saerbeck auf 82.000 qm einen Wasserstoff-Campus, auf dem ab 2023 monatlich 10.000 modulare Elektrolyseur-Einheiten gefertigt werden sollen. Wasserstoffgeneratoren, die es ermöglichen, auf Basis der sogenannten Anionenaustauschmembran-Technologie (AEM) erneuerbare Energien in grünem Wasserstoff zu speichern – ohne fossile Brennstoffe und Kohlendioxid-Emissionen.

Dort arbeiten Fachleute und Wissenschaftler, die mobil und flexibel in andere Teile der Welt wollen, die den Flughäfen vor der Tür brauchen. Auch die Elektrolyseure wollen wir doch exportieren!

Wir dürfen daher keine Schranken in die Mobilität einbauen, die von Menschen sowieso nicht akzeptiert wird, wir müssen Mobilität sauber gestalten.

Wie richtig wir mit unseren frühzeitigen Anstößen und Überlegungen zum Thema **Wasserstoff** lagen, zeigen die rasanten Entwicklungen der letzten anderthalb Jahre. Haben wir im Kreis dafür gesorgt, dass unsere RVM demnächst Wasserstoffbusse erhält – wir konnten ja hier einen bereits probefahren - so liegt das Hauptaugenmerk bei den im Herbst dieses Jahres stattgefundenen **Wasserstoffkonferenzen auf Münsterland- und Kreisebene** auf der Entwicklung ganzer Erzeuger-, Transport- und Nutzerstrukturen unter Einbindung unserer Unternehmen; die IHK und unsere Wirtschaftsförderer vorne weg.

So wie wir im Kreistag es in den letzten Jahren auch gewünscht und beantragt haben.

Gerade **in unserem Flächenraum ist den Menschen Mobilität wichtig**. Wir stehen hinter dem Ausbau unseres ÖPNV mit seinen starken Achsen und dem Ausbau der Zubringerverkehre, am besten on-demand und zukünftig permanent autonom.

Die **Modellprojekte** gerade zu on-demand-Verkehren laufen bereits im Rahmen der Studie Mobiles Münsterland großflächig im Kreis Coesfeld, woanders kleinteiliger. Die Erfahrungswerte sollen dann übertragen werden. Gerne unterstützen wir aber auch hier einen Modellversuch im Kreis Warendorf, selbst wenn dies nicht mehr durch Fördermittel abgedeckt sein sollte.

Eines jedoch sollte klar sein. Die Frequenzen und Anbindungsmöglichkeiten der Ballungsräume sind bei uns weder erreichbar noch bezahlbar. Im Gegenteil, die Busunternehmen ziehen sich aus der Eigenwirtschaftlichkeit zurück, die erforderlichen Linienbündelausschreibungen nur dieses Jahres werden uns ca. 1 Mio zusätzlich kosten.

Ohne Individualverkehr geht es bei uns nicht.

Vor diesem Hintergrund ist für den gesamten ländlichen Raum des Münsterlandes schwer nachvollziehbar, dass **Münster dicht machen will**, ohne im Vorfeld adäquate Verkehrslösungen anzubieten.

Den 10.000enden Pendlern wird dadurch der tägliche Weg, auch aus dem Kreis Warendorf, zum Arbeitsplatz zum zeitlichen Lotteriespiel.

Münster beinhaltet Zentralbehörden und –einrichtungen, die dem gesamten Raum dienen sollen und müssen. Es bleibt den **Münsteranern** unbenommen, Münster quasi für Verkehre abzuschotten. Allerdings müssen sie sich dann die **Frage stellen lassen, ob sie diese exklusiven Infrastrukturen für sich alleine beanspruchen können** oder ob vor dem Hintergrund der Erreichbarkeit der kreisangehörige Raum nicht eigenständigere Überlegungen anstellen sollte.

Verkehrspolitik muss vernetzt und gemeinsam gedacht werden, darauf legen wir Wert. Das jüngste Protestschreiben der Landräte inkl. des OB darf man daher zurecht als Warnzeichen deuten.

Nicht nur durch das E-Bike, neue Verkehrsmodelle und unter Klimaschutzgesichtspunkten gewinnt der Ausbau von **Fahrradinfrastruktur** an Bedeutung, gerade die schweren Unfälle der letzten Zeit unterstreichen die Notwendigkeit, die bestehenden Lücken im Netz unserer bereits als Fahrradregion bekannten Münsterländischen Parklandschaft zu schließen.

Kernproblem ist die Flächenverfügbarkeit, denn die amtlichen Bodenrichtwerte laufen der Wertentwicklung oft deutlich hinterher. Wir können verstehen, dass Landwirte einen fairen Wert- oder Flächenausgleich für die Zurverfügungstellung der notwendigen Flächen erwarten.

Daher haben wir **beantragt, neue Ausgleichsmodelle zu erarbeiten und sukzessive Flächenpools für Tauschzwecke langfristig aufzubauen**.

Ein dafür erforderliches Startkapital von 1 Million Euro haben wir im Fachausschuss gemeinsam eingestellt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür danken wir Ihnen.

Um auch praktisch den Radwegebau umsetzen zu können, ist Fachpersonal notwendig. Auch der Antrag zur Einstellung eines **Fachingenieurs** ist in den Haushaltsplanberatungen verabschiedet worden. Mit diesem **Gesamtkonzept** hoffen wir, den **Kreis Warendorf zügig verkehrlich, sicherer und umweltgerecht weiterzuentwickeln**.

Das Land NRW stellt mittlerweile deutlich mehr Geld zum Ausbau zur Verfügung, das sollten wir nutzen.

Nutzen wollen wir auch die neue **Graue-Fleckenförderung**, und zwar schnellstmöglich, um gleiche Rahmenbedingungen im Breitbandausbau im gesamten Kreisgebiet herbeizuführen und versprechen uns vom neuen **Mobilfunkmanager** unter konzertierten Aktionen die Schließung der Lücken in unseren Funknetzen.

Nur dadurch wird zukünftiges **Autonomes Fahren** machbar, ein Riesenschritt für fahrerunabhängige Erreichbarkeit notwendiger Versorgungseinrichtungen und weiterer Infrastrukturen, ein wahrer **Lückenschluss zu den jetzigen Vorteilen von Stadt- und Großstadtreionen**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Überschwemmungskatastrophe im **Ahrtal** hat überdeutlich offenbart, wie anfällig moderne, verdichtete, komplexe Wohn- und Infrastrukturen bei Wetterunbilden, Strom-, Wasser- und Wärmeversorgungsausfällen sind.

Laut dem erfahrenen Krisenmanager, jetzigem IHK-Hauptgeschäftsführer und derzeit vorübergehend vom Land NRW für die eigenen betroffenen Gebiete beauftragten Dr. Fritz Jaeckel ist mit rund 8 Jahren für einen einigermaßen Wiederaufbau zu rechnen.

Lieber Herr Dr. Gericke, lieber Olaf,

wir können froh sein, dass Du bereits seit langem die Notwendigkeit eines **vorsorgenden Katastrophenschutzes** bei uns im Kreis vorantreibst. Im letzten Kreisausschuss hat das Krisenteam des Kreises dazu ausführlich berichtet, wir unterstützen dies ausdrücklich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für Ihre **gute und konstruktive Zusammenarbeit in den jetzigen Haushaltsplanberatungen** möchte ich mich recht herzlich bedanken.

Wir geben gerne die Botschaft an unsere Städte und Gemeinden weiter, dass wir die **Kreisumlage noch einmal um 0,2 Prozentpunkte senken** wollen.

Wir, die CDU-Fraktion sind dafür bereit, auf Risiko zu fahren und es bei einer **Restausgleichrücklage von rund 3 Mio Euro zu belassen**. Trotz Hinweises der Bezirksregierung auf die deutlich bessere Kapitalausstattung unserer Kreiskommunen und auch unserer Nachbarkreise.

DAS ist Ausdruck unserer Auffassung von Kommunalfreundlichkeit!

Ihnen, lieber Dr. Gericke, dem Kreiskämmerer, den Dezernenten, insbesondere dem Krisenstab, dem Gesundheitsamt und den besonders belasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseren aufrichtigen Dank in einer außerordentlich herausfordernden Zeit!

Ihnen allen, Euch allen ein gesundes, besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Aufbruch ins Neue Jahr!